



Berlin.Table

Außenhandel: Bundesregierung sieht Sicherheitsrisiken im China-Geschäft.

Unter Bundeskanzler **Friedrich Merz** zeichnet sich ein klar sicherheitspolitisch geprägter Umgang mit China ab. Während frühere Regierungen China noch als wichtigen Wirtschaftspartner betrachteten, betont die neue Koalition verstärkt das Risiko, das vom chinesischen Einfluss ausgehen könnte. In einer geplanten Reform des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) sollen Investitionen stärker kontrolliert, Exportregeln verschärft und Sanktionen mit härteren Strafen belegt werden. Damit wächst der politische Druck insbesondere auf den Mittelstand, der stark vom China-Geschäft abhängig ist.

Wirtschaftsverbände warnen vor wachsender Rechtsunsicherheit und einem deutlichen Investitionshemmnis. Der DIHK kritisiert zusätzliche Bürokratie, während die Deutsche Kreditwirtschaft auf das Risiko strafrechtlicher Konsequenzen verweist. Auch außenpolitisch sendet Berlin deutliche Signale: Die Investitionsgarantien für China wurden gestrichen, eine Wiedereinführung ist nicht vorgesehen. Bei deutschen Unternehmen mit globaler Ausrichtung wächst die Unsicherheit über künftige Investitionen und Lieferketten. Mehr dazu lesen Sie [im China.Table](#). *Marcel Grzanna*